

Wählergemeinschaft

DIE LINKE. *Main-Taunus*

Fraktion im Kreistag des Main-Taunus-Kreis

Fraktionsvorsitzende
Beate Ullrich-Graf
Fritz Walter Hornung

c/o Beate Ullrich-Graf
Mainstraße 12, 65795 Hattersheim
Tel.:06190-1269 Fax:06190-74135
Email: beate@ullrich-graf.de

Kreistagssitzung am 30.01.2014

Zu Drucksache Ila/111: Zukunftsperspektiven des Kliniken des Main-Taunus-Kreises

Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,

in einem Punkt herrscht bisher in diesem Hause eine ziemlich große Einigkeit: die Kliniken des Main-Taunus-Kreises sollen in öffentlicher, kommunaler Trägerschaft bleiben. Allerdings, erste Einschränkungen waren in den Ausschüssen seitens der Koalition leider schon zu vernehmen. So sagte Herr Lehner letzte Woche im Ausschuss: „Nur mit schwarzer Null kann die öffentliche Trägerschaft bleiben!“

Seit Ende 2011, also seit die schon länger bestehenden wirtschaftlichen Probleme der Kliniken offenbar wurden, wird der Kreistag auch laufend und umfangreich informiert. Das wollen wir heute durchaus auch lobend erwähnen.

DIE LINKE hat seither alle Maßnahmen des Main-Taunus-Kreises zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Kliniken mitgetragen.

Aber dem, was die KPMG nun als sogenannte „Zukunftskonzeption“ für die Kliniken vorgestellt hat, können wir nicht mehr einfach zustimmen.

Warum nicht?

Die KPMG betrachtet die Kliniken so, als wären sie ein ganz normales privates Unternehmen, also eine Veranstaltung zum Erzielen von Gewinnen. Die Kliniken sollen eine Rendite erwirtschaften.

Diese Sichtweise halten wir für falsch. Die Gesundheitsversorgung ist zunächst eine öffentliche Aufgabe, für die in ausreichendem Umfang öffentliche Mittel bereitgestellt werden müssen, genauso wie zum Beispiel für die Polizei, für das Rechtswesen oder für den Katastrophenschutz. Wer käme im Ernst auf die Idee, von der Polizei zu fordern, sie solle finanzielle Gewinne machen?

Aber bei der Gesundheitsversorgung soll es der Markt regeln. Vom „Gesundheitsmarkt“ sprach vorher Herr Cyriax, und nicht nur er.

Wie gefährlich diese rein privatwirtschaftliche, gewinnorientierte Denkweise in diesem Zusammenhang ist, zeigt beispielhaft folgende Feststellung in der vorliegenden „Konzeption“:

„Wirtschaftliche Optimierungspotentiale (liegen) in der Erhöhung der Fallzahlen, der Fallschwere sowie in der Erhöhung der Personalproduktivität im Ärztlichen Dienst und im Pflegedienst.“

Wählergemeinschaft

DIE LINKE. *Main-Taunus*

Fraktion im Kreistag des Main-Taunus-Kreis

**Fraktionsvorsitzende
Beate Ullrich-Graf
Fritz Walter Hornung**

c/o Beate Ullrich-Graf
Mainstraße 12, 65795 Hattersheim
Tel.:06190-1269 Fax:06190-74135
Email: beate@ullrich-graf.de

Mehr Kranke, schlimmere und schwerere Krankheiten verbessern zwar eventuell die finanzielle Lage der Kliniken, ganz sicher aber nicht das Ziel Gesundheit und auch nicht den Wohl-
ergehen der Menschen – ganz im Gegenteil.

Und dann:

Dass die Kliniken weit über 100 Millionen Euro Schulden angehäuft haben, die jetzt dem Kreis nebst Zinsen auf die Füße fallen, das liegt nicht an einer mangelhaften „Personalproduktivität“ von Pflegekräften und Ärzten. Das liegt vielmehr einerseits an einer unzureichenden Investitionsfinanzierung durch das Land und andererseits aber auch an fragwürdigen Investitionsentscheidungen, die vom MTK zu verantworten sind. Zum Beispiel die erheblichen Investitionen für die Main-Taunus-Privatklinik. Sie sollte als Cash-Cow starten, produziert statt dessen aber zusätzliche Verluste.

Diesen ganzen Bereich lässt die KPMG in ihrer Analyse völlig außen vor. Sie verwendet stattdessen als ihre entscheidende Kennzahl die sogenannte EBITDA, also die Earnings before interest, taxation, depreciation and amortization. Die Unterfinanzierung notwendiger Sachinvestitionen bleibt damit ebenso außen vor wie Fehlinvestitionen. Stattdessen treten als weiterer wichtiger Kostenblock die Personalkosten für Pflege und ärztliche Betreuung in den Fokus. Genau dort will man dann ansetzen und Einsparungen erzielen, um letztlich eine Rendite zu ermöglichen – eine EBITDA-Marge von 4% wird angestrebt.

Auch interessant: Die Analyse der KPMG kommt zum Ergebnis, dass sich die beiden Kliniken, die nun fusioniert werden sollen, derzeit gegenseitig kaum Konkurrenz machen. Fusioniert sollen sie aber 4.000 zusätzliche Fälle pro Jahr erzielen. 2.000 Fälle davon erwartet (erhofft möchte ich hier nicht sagen) man durch mehr Krankheiten aufgrund der demographischen Entwicklung, weitere 2.000 Fälle will man anderen, großteils ebenfalls öffentlichen oder gemeinnützigen Kliniken abnehmen.

Alle vorgeschlagenen Maßnahmen sollen für die beiden Kliniken ab 2018 16 Mio. Euro bringen.

Das steckt hinter dieser Zahl:

2,7 Mio	durch zusätzliche Kranke aufgrund der demographischen Entwicklung
2,7 Mio	will man erzielen, indem die Patienten von anderen Krankenhäusern „abgeworben“ werden.
2,0 Mio	durch schwerere und damit lukrativere Krankheitsfälle
4,1 Mio	durch „Rightcoding“ (= Wir verkaufen unsere unveränderten Leistungen teurer an die Krankenversicherungen.)
4,5 Mio	„Optimierung der Kennzahl Personalproduktivität.“

Wählergemeinschaft

DIE LINKE. *Main-Taunus*

Fraktion im Kreistag des Main-Taunus-Kreis

**Fraktionsvorsitzende
Beate Ullrich-Graf
Fritz Walter Hornung**

c/o Beate Ullrich-Graf
Mainstraße 12, 65795 Hattersheim
Tel.:06190-1269 Fax:06190-74135
Email: beate@ullrich-graf.de

Letzteres ist also der Beitrag der Belegschaft: Sie sollen mehr und schwerere Fälle bei verminderten Kosten pro Fall behandeln und pflegen.

All das verbessert zwar die heilige Kuh „EBITDA“, aber ganz sicher nicht die Gesundheit und das Wohlergehen der Menschen. Und viele Probleme werden verlagert auf andere öffentliche Bereiche, nämlich auf andere Kliniken und auf die Krankenversicherungen.

Hinzu kommt, dass allen Ernstes vorgeschlagen wird, die Mitbestimmung in einer künftigen Dachgesellschaft auszuhebeln, indem diese als sogenannter Tendenzbetrieb ausgestaltet wird.

Die vorgestellte Konzeption würde mit einiger Wahrscheinlichkeit nicht einmal als Sanierungskonzept für ein privates Unternehmen funktionieren. Für den Bereich der öffentlichen Gesundheitsversorgung ist sie aber in der vorgestellten Form völlig unangemessen.

Wir lehnen diese Konzeption deshalb ab.

Fritz Walter Hornung